



Erfolgreiche Schwimmer

Julia Hassler gewann bei den Kleinstaatspielen in Montenegro ihre sechste Goldmedaille. 19

Gescheiterte Verhandlungen

Israels Parlament hat für seine Auflösung und eine Neuwahl im September gestimmt. 33

#näherdran
Planken

3.-8. Juni 2019 / www.vaterland.li/näherdran

Steuerentlastung

Regierung will Kinderabzug erhöhen 3

Strandgefühl in Vaduz

Der «Summerträff» wird am Samstag eröffnet 5

Blick zurück

Unterschiede zwischen Burg und Schloss 13

«Don Giovanni»

Luzerner Theater mit Stimmgewalt in Vaduz 17



Sensibilisierung

Tabu-Themen werden dank des Jungen Theaters in Klassen besprochen. 5

Sapperlot

Gehen Sie gerne zur Arbeit? Erfahren Sie dort Erfüllung, Zufriedenheit, Wertschätzung? Oder leisten Sie Dienst nach Vorschrift und ihre Tätigkeit dient hauptsächlich dem Broterwerb? «8½ Stunden sind kein Tag» heisst die aktuelle Ausstellung rund um das Thema Arbeit im Triesner Kulturzentrum Gasometer. Anhand von acht Protagonisten und Protagonistinnen aus unterschiedlichen Branchen werden prägende Ereignisse und Wendepunkte liechtensteinischer (Arbeits-) Geschichte erzählt, ihre Ängste und Hoffnungen treffen auf Zukunftsvisionen und Prognosen von gestern und vorgestern. Das Thema trifft den Nerv der Zeit. Der letzte «Gesundheitsbericht Fürstentum Liechtenstein» aus dem Jahr 2012 zeigte, dass über zwei Drittel der Befragten mit ihrer Arbeitssituation sehr oder gar ausserordentlich zufrieden sind. Im Herbst dieses Jahres erscheint der aktuelle Bericht. Ist Arbeit das halbe Leben oder inzwischen schon viel mehr als das? Man darf gespannt sein, wie das Ergebnis sieben Jahre später ausfallen wird. *Gabi Eberle*

Noch kein Abo?

Jetzt gleich bestellen!
Abohotline +423 236 16 61



www.vaterland.li

Windkraft: Weitere Optionen werden geprüft

Alternative Energien Vize-Europameister im Bezug von Atomstrom? Nein danke! Jetzt wird die Solargenossenschaft aktiver denn je und will Gegensteuer geben.

Desirée Vogt
dvogt@medienhaus.li

Liechtenstein hat europaweit einen der höchsten Atomstrom-Werte – diesen Fakt nimmt die Solargenossenschaft Liechtenstein mit Befremden zur Kenntnis, nachdem sie in ihrem 27-jährigen Bestehen viel dafür getan hat, dass Liechtenstein seit Jahren stolz den Titel «Solarweltmeister» tragen darf. Jetzt lanciert sie eine Kampagne und will Aufklärungsarbeit leisten, um den Eigenverbrauch von Solarstrom voranzubringen.

«Auf unterschiedliche Quellen zurückgreifen»

Die Solargenossenschaft geht aber noch einen Schritt weiter und will erneut weitere Optionen für

ein Windkraftwerk prüfen – auch wenn sie diesbezüglich im Moment nur «verhalten optimistisch» ist. Dennoch ist sie überzeugt: Es muss endlich etwas vorwärts gehen. «Es ist wichtig, dass wir das Land mit erneuerbaren Energien versorgen und dabei auf unterschiedliche Quellen zurückgreifen können. Es kann nicht sein, dass in Bezug auf alternative Energie nur auf Fotovoltaik gesetzt wird», so Daniel Gstöhl, Präsident der Solargenossenschaft Liechtenstein. Fotovoltaik und Windenergie würden sich sehr gut ergänzen, weshalb erneut nach Optionen für ein Windkraftwerk gesucht werde. «Leider haben sich die Balzner im Jahr 2017 gegen die zwei geplanten Windturbinen auf And ausgesprochen

und das Projekt wurde nicht realisiert. Das heisst aber nicht, dass wir die Windkraft komplett abschreiben müssen», ist er überzeugt. Erneut würden nun andere Standorte überprüft. Standorte, die nicht so nahe an Wohngebieten liegen, wie es in Balzers der Fall gewesen sei. Ebenso werde darüber nachgedacht, kleinere Windkraftanlagen einzusetzen.

Auch überregionale Lösung nicht ausgeschlossen

Die Solargenossenschaft Liechtenstein untersucht tatsächlich seit 2008 die Windverhältnisse in Liechtenstein und hat in Zusammenarbeit mit der Firma Sunergy und dem NTB Buchs in den Jahren 2013 bis 2016 die erste Windleistungskarte für Liechten-

stein erstellt. Die Ergebnisse der Windmessungen zeigen ganz klar auf: Potenzial für die Nutzung der Windkraft ist mehr als genug vorhanden. Und zwar nicht nur in Balzers, sondern auch in Vaduz oder Triesen gibt es Standorte, die sich für eine Windkraftanlage eignen würden.

Ein moderates Windpotenzial deutet sich aber auch in der Region Schaan-Buchs an. Und so schliesst Daniel Gstöhl nicht aus, dass überregional nach einer Lösung gesucht und sie auch gefunden wird. «Es ist nicht wichtig, ob die Windkraftanlage auf Liechtensteiner oder Schweizer Boden steht. Wichtig ist, dass wir einen Beitrag dazu leisten, diese Form der alternativen Energie zu fördern und zu nutzen.» 3

Mehrere Luchse tappten in Fotofallen



Bestandsaufnahme Das Amt für Umwelt führt derzeit ein Monitoring durch, das Auskunft über die Luchs-Population in Liechtenstein geben soll. Es konnten mehrere Tiere nachgewiesen werden, wirklich angesiedelt haben sich jedoch nur zwei Tiere, von denen ein Männchen im vergangenen Winter bei einem Verkehrsunfall in der Schweiz getötet wurde. 2 Bild: Amt für Umwelt



Gefühle auf Papier

KuL Es gibt verschiedene Arten, Gefühle auszudrücken, Sarah Zilian hat dafür das Malen entdeckt. In ihren Bildern verarbeitet sie Trauer und Wut, Verzweiflung und Enttäuschung. Mit seinem Bild hat auch Remy Vetsch grossen Erfolg: Mit dem von ihm designten Plakat für das Life-Festival. Die bunten Felder mit Bandnamen und das ebenso farbenfrohe Gesicht auf schwarzem Hintergrund haben die Festivalverantwortlichen überzeugt. Überzeugt hat auch der Männerchor «Heimweh» bei seinem Konzert im Mai in Schaan. Weil der SAL ausverkauft war, geben die Männer im Juni nochmals ein Konzert. Im Interview erzählen sie von Erfolg, Leidenschaft und Gefühlen. **Beilage**

Mehrere Tote bei Schiffsunglück

Ungarn Beim Zusammenstoss zweier Schiffe auf der Donau in Budapest sind mindestens sieben Passagiere aus Südkorea ums Leben gekommen. In das Unglück war ein Schiff unter Schweizer Flagge involviert. Die «Viking Sigyn» stiess am späten Mittwochabend mit dem kleineren Unglücksschiff zusammen. Auf der «Viking Sigyn» kam niemand zu Schaden. (sda) 18

Erste Kanzlerin Österreichs

Wien Nach der schweren Regierungskrise und dem Skandal-Video von Ibiza wird Verfassungsrichterin Brigitte Bierlein die erste Kanzlerin Österreichs. Das teilte Bundespräsident Alexander Van der Bellen gestern mit. Bierlein war seit Anfang 2018 Präsidentin des österreichischen Verfassungsgerichtshofs – auch in diesem Amt war sie die erste Frau. Zuvor war sie von 2003 bis 2018 Vizepräsidentin dieses Gerichtshofs. Der 69-Jährigen werden laut der österreichischen Nachrichtenagentur APA gute Kontakte zur ÖVP und auch zur FPÖ nachgesagt. (sda) 33

«Wir wollen schneller mehr erreichen»

Diskussion Dass Liechtenstein seinen Energiebedarf nicht selbst decken kann und Strom importieren muss, ist klar. Dass aber auf zertifizierte Kernenergie gesetzt werden muss, um den Anteil an Graustrom zu verringern, kann für die Solargenossenschaft nicht sein.

Desirée Vogt
dvogt@medienhaus.li

Es kann sicher nicht den Liechtensteinischen Kraftwerken (LKW) angelastet werden, dass der Anteil an erneuerbarer Energie in Liechtenstein nicht gesteigert werden konnte. Denn geprüft wurden in der Vergangenheit mehrere Möglichkeiten: Das Rheinkraftwerk, die Windanlage in Balzers oder Projekte zur Tiefengeothermie – doch das alles hat sich als nicht umsetzbar erwiesen. Das Problem: Als nachhaltig ausgerichtetes Unternehmen verzichten die LKW beim Zukauf ihres Stroms weitgehend auf nicht überprüfbare Energie, die meist aus der Produktion von Kohlekraftwerken besteht. Und so setzen die LKW freiwillig auf zertifizierte Kernenergie, die momentan den kleinsten CO₂-Fussabdruck hat. Für die Solargenossenschaft Liechtenstein ist das aber der falsche Weg, weshalb sie nun aktiv mit einer Kampagne Aufklärungsarbeit betreiben und die Förderung erneuerbarer Energien vorantreiben will.

«Potenzial wird noch zu wenig genutzt»

Nicht nur, dass weitere Optionen für ein Windkraftwerk geprüft werden sollen. Die Solargenossenschaft möchte auch, dass gewährleistet wird, dass die Kunden die Herkunft des Stroms erkennen können. Als zweiten Schritt brauche es eine sukzessive und massive Reduktion des Atomstromanteils im Liechtensteiner Strom-Mix und dessen



Die Solargenossenschaft Liechtenstein startet eine Kampagne. Nicht nur, damit die inländische Produktion nachhaltigen Stroms weiter angekurbelt wird sondern auch, damit alle Sparpotenziale ausgeschöpft werden. Bild: iStock

Ersatz mit erneuerbaren Energien. Der Mehrpreis für Naturstrom sei mit 45 Franken pro Haushalt und Jahr durchaus zumutbar. «Zudem müssen alle Sparpotenziale ausgeschöpft werden. In Privathaushalten und in der Industrie», so Daniel Gstöhl, Präsident der Solargenossenschaft. Während Fotovoltaik-Anlagen bei Wohngebäuden im Trend liegen, könnte die Industrie laut Gstöhl weit mehr beitragen, habe diese doch riesige ungenutzte Dachflächen. «Des-

halb wollen wir eine Kampagne lancieren, um sowohl bei Privathaushalten als auch in der Industrie den Eigenverbrauch von Solarstrom voranzubringen.» Denn das Potenzial, Strom auf dem eigenen Dach zu produzieren und zu verwenden, werde immer noch zu wenig genutzt. «Wir wollen die Anlagenbesitzer hier bezüglich des Stromverbrauchs und der Einspeisevergütungen besser aufklären. Sprich, dass sie den Strom dann nutzen, wenn er da ist. Das wird leider noch nicht

richtig umgesetzt.» Es sei zudem wichtig, dass die Anlagenbesitzer eine entsprechende Anlaufstelle hätten, an die sie sich bei Fragen wenden können. «Wie wir das in der Praxis genau umsetzen, wird sicher auch Thema im Rahmen unserer Generalversammlung im September sein», so Gstöhl.

«Wir bleiben am Ball – wir haken nach»

Die Solargenossenschaft bezweifelt, dass es dem Image des Landes

gut bekommt, aus finanziellen Überlegungen Atom-statt Naturstrom zu verwenden. Das lasse sich kaum mit den UNO-Nachhaltigkeitszielen vereinbaren, von denen in Wirtschaft und Politik ständig die Rede sei. Deshalb ist es der Solargenossenschaft wichtig, dass Fakten bereitgestellt und die Möglichkeit von Kooperationen mit Wirtschaftsbetrieben zur Erstellung von Fotovoltaik-Anlagen auf Firmendächern geprüft werden: «Wir bleiben am Ball. Und werden nachhaken, wenn

jetzt nichts vorwärts geht», so Daniel Gstöhl. Bei ihrem Vorhaben ist die Solargenossenschaft natürlich auf eine enge Zusammenarbeit mit den LKW angewiesen – «und diese funktioniert», beteuert Gstöhl. Die LKW als Grundversorger und Strombeschaffer zeigten sich offen für Gespräche, und auch die Energiefachstelle des Landes ziehe am selben Strick.

«Am Ende entscheidet der Kunde»

Die LKW verweisen denn auch in einer Stellungnahme erneut darauf, dass Liechtensteins Eigenproduktion aufgrund der Kleinheit begrenzt ist und der aktuelle Eigenversorgungsgrad je nach Wasserverfügbarkeit und Sonneneinstrahlung zwischen 20 und 25 Prozent liege. Die restliche Energie werde am Strommarkt aus ausländischer Produktion zugekauft. «Jeder Kunde, egal ob Haushalts- oder Grosskunde, kann selbst wählen, was für ein Stromprodukt er möchte und entsprechend beschaffen die LKW die Energie.» Die LKW seien natürlich daran interessiert, dass die Kunden möglichst auf erneuerbare Energien setzen. «Wir setzen uns seit vielen Jahren für erneuerbare Stromproduktion ein – die gesamte Eigenstromproduktion kommt aus erneuerbarer Energie. Als Stromlieferant muss aus Konkurrenzgründen die ganze Palette an Produkten angeboten werden.»

Die Entscheidung, ob ein erneuerbares Stromprodukt gewünscht werde oder nicht, liege am Ende klar beim Kunden.

Gemeinde ist Zünglein an der Waage

Baugesuch Fällt die Gemeinde Balzers einen negativen Entscheid, wird er den Casino-Bauherren vorgelegt. Können sie sich kein Gehör verschaffen, wird das Baugesuch abgelehnt.

Das geplante Casino in Balzers steht unter keinem guten Stern und ähnelt doch sehr einem Fall vor rund acht Jahren. Damals im Jahr 2011 wollte die Balzner Postfiliale in das Gebäude an der Fabrikstrasse, in der sich die Coop-Filiale befindet, ziehen. Da für den Einzug Umbauten notwendig gewesen wären, nutzten die Anwohner im Vorfeld das Einspruchsrecht. Deshalb konnte das Bauamt zuerst keine Bewilligung erteilen. Auch ein runder Tisch brachte keine Einigung. Nachdem das Bauamt schliesslich alle Rekursgründe zurückgewiesen hatte, wandten sich die Anwohner im Juni 2011 an die Verwaltungsbeschwerdekommission. Der Fall landete vor dem Verwaltungsgerichtshof, der Ende 2011 eigentlich grünes Licht für den Umbau gab. Diese Verzögerungen führten aber dazu, dass die Post nie in das Gebäude an der Fabrikstrasse einzog.

Das Casino soll in demselben Gebäude, in welches die Post einst wollte, entstehen. Auch in diesem Fall sind Einsprachen aus der Bevölkerung eingegangen. Diese beziehen sich auf die unzulässigen Immissionen, wie Rauch, Dampf, Gerüche oder auch Lärm. Ein Unterschied zum Vorhaben der Post besteht je-



Das geplante Casino soll in jenem Balzner Gebäude, in dem die Coop-Filiale untergebracht ist, entstehen. Bild: Daniel Schwendener, 14. 3. 2019

doch: Damals ging kein negativer Entscheid der Gemeinde ein.

Keine Auskunft über endgültigen Entscheid

Beim geplanten Casino entschied die Gemeinde Balzers, dass die Spielbank nicht der Zone entspreche. Das Gebäude der ITW an der Fabrikstrasse befindet sich laut Zonenkarte der Gemeinde Balzers aber in der Industrie- und Gewerbezone. Ob dies der endgültige Entscheid der Gemeinde ist, wollten das Amt für Bau und Infrastruktur (ABI) sowie die Gemeinde Balzers mit Berufung auf das laufende Verfahren nicht erläutern. Dieser Entscheid wird

dem ABI in der Folge vorgelegt. Dieses teilt das den Bauherren – in diesem Fall der Casino Austria (Liechtenstein) AG – mit. Sie können ihre rechtlichen Argumente entweder vor der Gemeinde oder beim ABI einbringen. So könnten die Bauherren die Gemeinde darauf hinweisen, das Bauansuchen auf eine Ausnahme zu überprüfen. Erst in diesem Fall wäre das Geschäft dann im Gemeinderat zu behandeln.

Das ABI wiederum kann, wenn der Entscheid der Gemeinde sachlich gut fundiert ist, nichts dagegen unternehmen. Erreicht auch der Bauherr nichts, wird das Baugesuch abgelehnt. Dagegen

könnte der Bauherr auch über den Verwaltungsgerichtshof vorgehen. Die Gemeinde Balzers, das ABI wie auch die Bauherren wollten mit Berufung auf das laufende Verfahren keine exakten Auskünfte dazu geben. Michael Moosleithner, Marketing Manager der Casinos Austria (Liechtenstein) AG, erklärte auf Anfrage lediglich: «Wir sind zuversichtlich, dass alle offenen Fragen zeitnah geklärt, beziehungsweise entschieden werden, und das Casino Balzers wie geplant seinen Betrieb im Spätsommer 2019 aufnehmen wird.» Auch der positive Bescheid des Amts für Volkswirtschaft (AVW) zur Spielbanken-Bewilligung in Balzers steht noch aus. Sie wird derzeit geprüft.

Baugesuch in Schaan vor Abschluss

Neben den Gesuchen für das Casino in Balzers ging beim Amt für Bau und Infrastruktur ein Baugesuch für Schaan ein, das teilt das ABI auf Anfrage mit. Dieses sei so gut wie abgeschlossen, da alle Einsprachen zurückgezogen wurden. Für ein allfälliges Casino in Eschen liegt weder beim AVW noch beim ABI ein Gesuch auf dem Tisch.

Susanne Quaderer
squaderer@medienhaus.li

Nach VU-Vorstoss: Regierung will Kinderabzug erhöhen

Steuern Wie von der VU-Fraktion vorgeschlagen, soll der Kinderabzug von 9000 auf 12 000 Franken steigen.

Die Regierung hat am 28. Mai 2019 den Vernehmlassungsbericht betreffend der Anpassung des Steuergesetzes verabschiedet. Darin zeigt die Regierung auf, mit welchen Anpassungen im Steuergesetz die Familien entlastet werden können. Die Regierung setzt damit das Postulat der VU-Landtagsfraktion zur steuerlichen Entlastung von Familien mit den in der Beantwortung vorgeschlagenen Massnahmen um.

Manfred Kaufmann (VU): «Ziel erreicht»

Der Kinderabzug soll von derzeit 9000 auf neu 12 000 Franken erhöht werden. «Mit dieser Massnahme wird die Steuerbelastung von Familien spürbar reduziert», wird Regierungschef Adrian Hasler in einer Medienmitteilung zitiert. Dies war auch das Ziel der VU-Fraktion. «Es war ganz klar unsere Absicht, den Bürgern aufgrund der Sparmassnahmen, die sie in den letzten Jahren mitgetragen haben, etwas zurückzugeben», erklärt dazu der VU-Abgeordnete Manfred Kaufmann, der das Postulat im Landtag präsentierte.

Nebst der Erhöhung des Kindergeldes will die Regierung die Praxis betreffend der Abzugsfähigkeit von Ausbildungskosten

für die Kinder ausweiten. Das bedeutet, dass in Zukunft auch Kosten für Zweitausbildungen abzugsfähig sind, sofern die Eltern zur Hauptsache für die Kinder aufkommen. Für diese Praxisänderung ist keine Anpassung des Steuergesetzes notwendig.

Kita-Zuschüsse sollen ebenfalls steuerfrei werden

Betreffend die Aus- und Weiterbildungskosten der Steuerpflichtigen schlägt die Regierung vor, auch deren Abzugsmöglichkeit auszuweiten. Für die berufsorientierte Aus- und Weiterbildung des Steuerpflichtigen soll ein allgemeiner Abzug eingeführt werden. Dabei sollen auch berufsorientierte Aus- und Weiterbildungskosten zum Abzug zugelassen werden, wenn sie nicht im Zusammenhang mit dem bestehenden Beruf stehen. Die Regierung schlägt im Rahmen der Vorlage zudem vor, dass die Beiträge des Arbeitgebers an die ausserhäusliche Kinderbetreuung, welche derzeit einen steuerpflichtigen Lohnbestandteil darstellen, sowie die Förderbeiträge des Staates an die ausserhäusliche Kinderbetreuung steuerfrei gestellt werden. Die Vernehmlassungsfrist für die Abänderung des Steuergesetzes läuft bis zum 1. Juli 2019. (red/ikr)